

„Ortsumfahrung muss kommen“

Staatssekretär Lange schreibt wegen Mögglingen an den Verkehrsminister

MÖGGLINGEN. Der Gmünder SPD-Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Christian Lange, hat sich in Sachen Mögglingen an den neuen Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt gewandt. In dem Schreiben heißt es unter anderem: „Als Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Backnang/Schwäbisch Gmünd setze ich mich seit vielen Jahren intensiv für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in meinem Wahlkreis ein, insbesondere für den Weiterausbau der B 14 nach Backnang und für die B 29 Ortsumgehung Mögglingen. Wie Sie sicherlich wissen, wurde vor wenigen Wochen der „Gmünder Einhorn tunnel“ eröffnet. Bei der Einweihung war auch Ihr Vorgänger Dr. Peter Ramsauer anwesend. Bereits vor einigen Jahren gab es ein Übereinkommen mit dem Mögglinger Bürgermeister Ottmar Schweizer, meinem Kollegen Norbert Barthle und der damaligen Parlamentarischen Staatssekretärin Ihres Hauses, Karin Roth, dass nach der Fertigstellung des Gmünder Tunnels die Ortsumfahrung Mögglingen kommen soll.“

Die aktuelle Verkehrssituation in Mögglingen sei nicht nur für Mögglingen, sondern für den gesamten Wirtschaftsstandort Ostwürttemberg katastrophal. Lange Staus und eine immense Verkehrsbelastung mitten im Ortskern von Mögglingen stehen auf der Tagesordnung. Gerade auch für die vielen mittelständischen Unternehmen in dieser Region sei dieser Zustand ein großen Standortnachteil, betonte Lange in seinem Brief. Dobrindts Vorgänger Dr. Peter Ramsauer habe bei der Einweihung des Einhorn tunnels versichert, dass die Ortsumgehung Mögglingen „möglichst schnell und zügig“ kommen solle. Zudem habe er deutlich gemacht, dass sich das Bundesverkehrsministerium nicht an die Prioritätenliste der baden-württembergischen Landesregierung gebunden fühle, sondern selbständig und frei entscheide, genau wie der Deutsche Bundestag, erinnerte Lange den neuen Minister und fügte hinzu: „Ich gehe davon aus, dass auch Sie zu diesen Aussagen stehen und hoffe, dass Sie sich persönlich dafür einsetzen, dass sowohl der Weiterausbau der B 14 nach Backnang als auch die Ortsumgehung Mögglingen so schnell wie möglich realisiert werden. Beide Vorhaben sind für meinen Wahlkreis von größter Bedeutung“.

In einer Pressemitteilung ging Staatssekretär Lange auch auf die Finanzierungsproblematik ein. Im Koalitionsvertrag sei vereinbart worden, dass die Verkehrsinvestitionen der Bundesregierung um insgesamt fünf Milliarden Euro über die gesamte Legislaturperiode erhöht werden wird. „Ob es aufgrund der verfassungsrechtlichen Fragen eine Pkw-Maut und damit Mehreinnahmen für die Verkehrsinfrastruktur über diese fünf Milliarden hinaus geben wird, ist wohl noch unklar. Der Kompromiss mit CDU/CSU lautet: Die Pkw-Maut darf nur eingeführt werden, wenn kein deutscher Fahrzeughalter stärker belastet wird als heute und wenn das Ganze mit europäischem Recht vereinbar ist. Wie dies allerdings umgesetzt werden soll, entzieht sich bisher meiner Erkenntnis“, räumte Christian Lange ein, dass er für die Umsetzung der Investitionspläne noch einige Unwägbarkeiten sieht.

R-Z 9. Jan. 2014